

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III  
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Anzeigen die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgebühren sind an Otto Jehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

**Inhalt:** Frauenberufsarbeit als Gegenwarts- und Zukunftsproblem. — Stilllegung der Betriebe und Arbeitslosigkeit. — Zur Lohnfrage in den Baumwollwebereien. — Soziale Rundschau. — Zur Ernährungsfrage. — Aus der Textilindustrie. — Kriegsgewinne der Textil-Kriegsgesellschaften. — Berichte aus Sachreisen. — Literatur. — Verbandsanzeigen.

### Frauenberufsarbeit als Gegenwarts- und Zukunftsproblem.

Immer deutlicher trat mit der längeren Dauer des Krieges die wachsende Bedeutung der Frauenarbeit in der Industrie zutage. Wohl konnte man jahrzehntelang ein unaufhörliches Ansteigen der Zahlen weiblicher Erwerbstätiger feststellen. Der gewaltige Aufstieg während der Kriegsdauer war aber nur durch die Verhältnisse möglich, die es bewirkten, daß Frauen und Mädchen in Berufe eindrangen, die sonst ausschließlich von Männern ausgeübt wurden. Daß sich die Frauen in diesen Berufen bewährten, berechtigt zu der Annahme, daß sie nicht ohne weiteres wieder aus ihnen entfernt werden können, wenn sie, guten Geschäftsgang vorausgesetzt, auch in Zukunft in Berufen arbeiten wollen, in denen sie während des Krieges Eingang gefunden hatten.

Dadurch, daß die Zunahme der Frauenarbeit nach dem Kriege, in der Uebergangswirtschaft sowohl als in der Friedenswirtschaft, wohl anhalten wird, werden eine Reihe von Problemen aufgerollt, die neben allgemeinem sozialpolitischen Interesse die Aufmerksamkeit aller erfordert, die den fördernden oder hemmenden Einfluß der Massenbeschäftigung von Frauen auf die Volkswirtschaft erkennen. Vor allem aber müßten die Arbeiterinnen selbst das stärkste Interesse für alle diese Fragen haben, weil Erwerbsarbeit und Hausarbeit schon immer zu den schwersten Konflikten im Arbeiterinnen-dasein führten.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ haben seit längerer Zeit durch eine fortlaufende Reihe von Artikeln alle die Fragen zur Diskussion gestellt, die zur Klärung dieses gewaltigen Problems beitragen können und vielleicht zur praktischen Lösung der Frage geeignet erscheinen.

Mit einer längeren Arbeit „Zur Frage der Frauenberufsarbeit“, die in fünf Artikeln: „Ausdehnung und Bewahrung der Frauenberufsarbeit“, „Gesundheitliche Wirkungen der Frauenberufsarbeit“, „Die Unterentlohnung der Frauenberufsarbeit“, „Organisation und Lohnpolitik der Frauenberufsarbeit“ und „Der sogenannte wahre Beruf der Frau“ alle bisher bekannten Erfahrungen auf dem Gebiete der industriellen Frauenarbeit behandelte, leitete Dr. Max Quard die Diskussion über diese Fragen ein.

Im Mittelpunkt aller dieser Fragen steht die mindere Entlohnung der Arbeiterinnen, aus der sich schwere, all-gemeinwirtschaftliche Schädigungen ergeben müssen. Reichten die Löhne der Arbeiterinnen schon in normalen Zeiten nicht aus, um die im Arbeitsprozeß verbrauchten Körperkräfte wieder zu erneuern, so ist das noch weniger in der Kriegszeit der Fall, die bei unzureichender Ernährung an die körperliche Leistungsfähigkeit der Frauen die allerhöchsten Anforderungen stellt. Die Folge ist dauernde Gesundheitseinbuße, die zu einer schweren Gefahr für die kommende Generation wird, weil die Kinder überarbeiteter, schlecht genährter Mütter schon mit vermindelter Kraft ins Leben treten. Schlecht bezahlte Frauenarbeit bringt auch schwere materielle Schädigungen für den männlichen Arbeiter mit sich; besteht doch für diesen ständig die Gefahr, daß die geringer entlohnte Arbeiterin seinen Lohn leicht herunterdrücken und ihn auch gänzlich aus seinem Posten verdrängen kann. Ob man Quard unbedingt recht geben muß, daß die niedrige Entlohnung der Frau in der alten Anschauung wurzle, man könne der Frau nicht die gleiche Arbeitsleistung wie dem Manne zumuten und müsse deshalb ihre Leistung auch geringer bewerten? Die Unternehmer machen sich ja augenscheinlich diese Auffassung zu eigen, wenn sie grundsätzlich Frauenleistungen geringer als Männerleistungen entlohnen. Gleichen Lohn für gleiche Leistungen durchzusetzen und damit der gesunden Entwicklung der Frauenberufsarbeit den Weg zu ebnen und die Gefahr der Lohndrückerei durch die weibliche Konkurrenz zu beseitigen, sei, meint Quard, Aufgabe der Organisationen. Gegen diese wird sogar der Vorwurf erhoben, sie hätten den Arbeiterinnen gegenüber nicht in vollem Umfang ihre Schuldigkeit getan. Diese Vorwürfe werden von den sich an der Diskussion beteiligenden Organisationsvertretern und -vertreterinnen mit Recht zurückgewiesen. Die Gewerkschaften haben es nie daran fehlen lassen, für die Organisation der Arbeiterinnen alles zu tun. Doch haben sich bisher die Arbeiterinnen dem Organisationsgedanken gegenüber ziemlich gleichgültig verhalten, obwohl die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen sich nur unter dem stärksten Druck der Arbeiterinnen selbst entwickeln kann. Ihre niedrige Entlohnung mit ihrer geringeren Leistungsfähigkeit und ihren geringeren Lebensansprüchen zu begründen, geschieht meiner Ansicht nach zu Unrecht. Wohl ist die Leistungsfähigkeit der Frau größeren Schwankungen unterworfen als die des Mannes. Doch wäre

zu erwägen, ob nicht die geringeren Lebensansprüche der Arbeiterin ihre Ursache darin haben, daß ihre niedrigen Löhne es verbieten, höhere Lebensansprüche zu stellen.

Gleiche Löhne für gleiche Leistungen wird deshalb als grundsätzliche Forderung immer wieder erhoben werden müssen. Diese scheinbar so einfache Frage erweist sich doch in ihrer Lösung schwieriger, als man zunächst annimmt. Wird es sich doch bei der Beurteilung der Arbeitsleistung von Frauen und Männern nicht nur darum handeln, Vergleiche der Einzelleistungen anzustellen, vielmehr wird die Gesamtleistungskraft des einzelnen in Rechnung gestellt werden müssen. Diese Frage wird in den Artikeln von berufenen Gewerkschaftsführern aus ihrer Praxis heraus recht eingehend behandelt. Auch wird als Hauptgrund für die herrschende Auffassung der Minderwertigkeit der Frauenarbeit angeführt, daß, aller Gewohnheit folgend, eine Arbeiterin in der Ausübung einer Tätigkeit nie den eigentlichen Inhalt ihres Lebens sieht, im Gegensatz zu dem Manne, der nicht nur seinen ganzen Stolz darin setzt, sich allmählich zu höher bezahlten Stellen seines Berufs heranzubilden, sondern der auch weiß, daß er einmal von seinem Einkommen eine Familie zu ernähren haben wird. Es wird betont, daß auch die Arbeiterin zu ihrer Arbeit mehr und mehr in ein persönliches Verhältnis kommen und sich zur Qualitätsarbeiterin entwickeln muß, wenn grundsätzlich gleiche Leistungen mit gleichen Löhnen bezahlt werden sollen. Sonst bleibt die Gefahr bestehen, daß die Arbeiterinnen dauernd eine untergeordnete Stellung in der Industrie einnehmen werden.

Die Lösung aller der Fragen, die durch die Frauenberufsarbeit aufgerollt werden, ist gewiß eine recht schwierige. Handelt es sich doch nicht nur darum, die bessere Entlohnung der Frauenarbeit durchzusetzen, um zu gleichen Löhnen bei gleichen Leistungen zu gelangen. Es wird noch viel zu wenig dem Umstand Rechnung getragen, daß die Arbeiterin vor körperlicher Ueberlastung geschützt werden und daß ihr die Erfüllung beruflicher, häuslicher und mütterlicher Pflichten, die ihr das Leben jetzt zur Qual machen, ermöglicht werden muß. Auch andere Fragen werden damit mehr in den Vordergrund gerückt. Erziehungs- und Bildungsfragen, die Schaffung von Einrichtungen, die die arbeitende Frau der Sorge um die Kinder entheben und sie hauswirtschaftlich entlasten usw. Auf allen diesen Gebieten liegt ein weites Feld gesellschaftlicher Aufgaben noch völlig brach vor uns. Aufgaben, an deren Lösung die Arbeiterin als Angehörige ihrer Klasse besonders stark interessiert sein muß. Für die Durchführung aller Einrichtungen zur Entlastung der Arbeiterin müssen erst die Grundlagen geschaffen werden. Dazu sind umfassende Entwicklungen unbedingte Voraussetzungen, die sich nicht im Sandumdrehen vollziehen können. Eines aber steht fest: die Grundbedingung für jede Verbesserung der Frauenlöhne überhaupt ist eine ansgebehrte, möglichst reifliche Organisation der Arbeiterinnen. Nur wenn sie in ihrer Mehrzahl von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen folgen, können von diesen für sie bestimmte Löhne durchgesetzt werden. Die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft ist um so mehr für die Arbeiterin notwendig, als ihre Leistungen, ganz allgemein betrachtet, mit den Leistungen der Männer noch nicht auf gleicher Höhe stehen. Deshalb ist es wichtig, daß schon während der Uebergangswirtschaft durch starke Organisationen der Entwertung der Frauenarbeit entgegenzuwirken werde. Der Krieg hat den Arbeiterinnen die Erkenntnis aufgehen lassen, daß die Eheansichten sich verringern, und daß sie mehr und mehr gestützt werden, sich auf eigene Füße zu stellen und ihre Arbeit als Lebensberuf ansehen lernen müssen. Dadurch wird ganz selbstverständlich das Bestreben hervortreten, sich mehr in der Arbeit zu vervollkommen, um nicht in der Arbeitsleistung als minderwertig dem Manne gegenüber eingestuft zu werden.

Die Diskussionsartikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ beleuchten die durch die Frauenberufsarbeit als Gegenwartsproblem aufgeworfenen Fragen nach jeder Richtung hin mit außerordentlicher Gründlichkeit. Die Namen der Verfasser: Emil Kloth, Hermann Mattutat, Paula Thiede, Gertrud Hanna, Heinrich Stühmer, Edmund Fischer, M. d. R., Sugo Böhm, Robert Schmidt, M. d. R., August Winnig, Friedrich Klees, Marie Judacz, Marika Goppe, Theodor Wagner, Emil Girbig, Heinrich Schulz, Georg Schmidt, Felix Weidler sind der Arbeiterchaft längst bekannt. Sie bürgen für die gründliche und sachliche Erörterung der Fragen. Die Ansichten weiterer Gewerkschaftsführer sind noch zu erwarten.

Bei der Wichtigkeit der Fragen erscheint es nicht nur geboten, daß die berufsmäßig sich in der Agitation betätigenden Kollegen und Kolleginnen sich mit dem Studium dieser Artikel befassen. Es sollten vielmehr alle vorwärts strebenden Mitglieder es sich angelegen sein lassen, sich Kenntnis über diese Fragen zu verschaffen. Die Männer arbeitender Frauen, die Väter heranwachsender Töchter werden aus diesen Artikeln erkennen müssen, welche Gefahr die niedrige Entlohnung der Arbeiterin bei der wachsenden Zahl weiblicher Erwerbstätiger für die Allgemeinheit bedeutet und wie notwendig für die Behebung dieser Gefahr die Organisation der Arbeiterinnen ist. Die Arbeiterinnen selbst aber werden beim Studium der

Artikel ermessen, daß ihre Anteilnahme am gewerkschaftlichen Leben nicht nur für sie selbst, sondern für die Gesamtheit der Arbeiterchaft eine um so größere Bedeutung gewinnt, je mehr Arbeiterinnen durch die Not der Zeit und durch die technische wie industrielle Entwicklung in das Erwerbsleben eindringen.

Den Arbeiterinnen erwächst ferner auch die Aufgabe, durch ihre Zugehörigkeit zur Organisation die Einrichtungen zu fordern und schaffen zu helfen, die zur Entlastung arbeitender Frauen geschaffen werden müssen. Die „Sozialistischen Monatshefte“ dürften in vielen Gewerkschaftsbibliotheken, in den Kartell- oder öffentlichen Bibliotheken zu haben sein. Wo sie erhältlich sind, kann unseren Kolleginnen das Studium dieser ihre eigenen Interessen behandelnden Artikel nicht dringend genug empfohlen werden. Martha Goppe.

### Stilllegung der Betriebe und Arbeitslosigkeit.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich eine nach dem „Lindengarten“ in Forst einberufene Versammlung der organisierten Textilarbeiter. Die Zeit bringt es mit sich, daß der größere Teil der Besucher aus Frauen bestand. Die von den drei Textilarbeiterorganisationen gemeinschaftlich veranstaltete Versammlung sollte zu der Frage der Stilllegung der Betriebe und zu der großen Arbeitslosigkeit Stellung nehmen. Da diese Frage nicht allein für die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter, sondern auch für die Arbeitgeber und nicht in letzter Linie für die Stadtverwaltung von großer Bedeutung ist, hatten die Veranstalter den Magistrat und die Arbeitgeber zu dieser Versammlung eingeladen. Der Magistrat war der Einladung fast vollständig gefolgt und auch Arbeitgeber hatten in größerer Zahl der Einladung Folge geleistet.

Kollege Kammer begrüßte die erschienenen Gäste, sprach die Hoffnung aus, daß sie sich im Kreise der Arbeiter wohl fühlen werden, und begab den Wunsch, daß die Versammlung den erhofften Erfolg zeitigen möge.

Die Reihe der Redner eröffnete der Gauleiter, Kollege Franz Röhke (Berlin). Er besprach die immer größere Ausdehnung annehmende Arbeitslosigkeit und wies darauf hin, daß unter diesen Verhältnissen die Organisationen Schritte unternehmen müssen, die eine Besserung herbeizuführen geeignet sind. Er bezeichnete es als bezeichnend, daß bei der Stilllegung der Betriebe die Arbeiterchaft bisher überhaupt nicht gehört wurde. Der Rohstoffmangel und die kriegerischen Ereignisse haben allenthalben in der Textilindustrie eine außerordentliche Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt. Von allen Städten im Gau Brandenburg habe aber am meisten Forst gelitten. Es gebe in diesem Bezirk wohl kaum eine Stadt, die so von dem Gedeihen der Textilindustrie abhängig ist. Da bedeutet es schon etwas, wenn eine Arbeitslosigkeit von solchem Umfange einreißt. Gegen die Stilllegung können wir kaum etwas tun, aber protestieren müssen wir gegen die unangemessene Art der Regelung und auch dagegen, daß die Arbeiterchaft nicht bei dieser wichtigen Angelegenheit gehört werde. Man hat kein Recht, die Arbeiterchaft hierbei zu übergehen. Im Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe wurde am Freitag beschlossen, eine Petition hiesiger Fabrikanten zur Berücksichtigung zu überweisen und durch eine Kommission an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen. Ein weiterer Beschluß geht dahin, eine vollständige Neuregelung der Rohstoffverteilung vorzunehmen. Der gute Wille ist also da; es liegt nur an uns selbst, daß etwas Durchgreifendes geschieht. Solche Petitionen liegen natürlich auch aus Sachsen und anderen Orten vor. Die Arbeitslosigkeit habe aber nirgends einen solchen Grad erreicht, wie gerade hier. Das liegt zum Teil mit an der Eigenart der Forster Industrie, in der noch vielfach Kleinbetriebe vorherrschend sind. Man hat keine Rücksicht genommen auf die historische Entwicklung der hiesigen Industrie, auf die wirtschaftliche Lage der allein von der Tuchindustrie abhängigen Stadt und auf die eigenartigen Verhältnisse. Es ist etwas ganz anderes, wenn z. B. im Rheinland Betriebe stillgelegt werden. Dort bestehen andere Industrien und die Arbeiterchaft kann in diesen Unternehmen finden. Wer aber in Forst arbeitslos wird, der greift entweder zum Wanderstabe oder er muß sich mit dem behelfen, was er an Unterstützung erhält. Uns liegt die gedeihliche Entwicklung der Industrie ebenso am Herzen, wie den Herren Arbeitgebern. Auch wenn die Arbeiter Lohnforderungen stellen, haben sie dabei die Aufwärtsentwicklung der Industrie im Auge. Noch keine Industrie sei durch Zahlung hoher Löhne zugrunde gegangen. Bei den Textilarbeitern ist die Bodenständigkeit und das Heimatgefühl so ausgebildet, wie wohl bei keiner anderen Arbeiterchaft. Wohl in allen Textilorten der Provinz Brandenburg finde man heute Forster Textilarbeiter. Wie groß die Arbeitslosigkeit hier sei, gehe u. a. aus den vom Deutschen Textilarbeiterverband gezahlten Arbeitslosenunterstützungen hervor. Von 162 939 Mk., die seit Beginn des Krieges bis Ende September 1917 im Gau

Brandenburg gezahlt wurden, sind 41 305 Mk. allein auf Forst gefallen. Wenn die gezahlten Summen nicht noch höher sind, so liegt es daran, daß jetzt nur die Hälfte der Friedenssätze gezahlt wird und die Mitglieder ja nur bis zu einer gewissen Grenze unterstützt werden. Sind sie ausgesteuert, so müssen sie zwei Jahre warten, bis sie wieder unterstützungsberechtigt werden. Ein weiteres Zeichen der großen Arbeitslosigkeit sei der Umstand, daß heute die Mitgliederzahl in Sorau höher sei als in Forst, während Forst in Friedenszeiten mit seiner Mitgliederzahl unmittelbar hinter Groß-Berlin stand. Und angesichts solcher Beschäftigungslosigkeit gebe es noch Orte, wie z. B. R i h w a l f, wo heute noch 12, 13 und 14 Stunden gearbeitet werde. (Entrüstete Zurufe.) Ein solcher Zustand sei unerträglich! (Zustimmung.) Die Arbeiterschaft in Briegwald forderte eine Herabsetzung der Arbeitszeit, da gab ihr die Betriebsleitung die Antwort, in Forst bekommen wir genug Arbeiter, die noch länger arbeiten. Es gehört sehr viel Mut dazu, den Arbeitern bei der schlechten Ernährung so etwas zu bieten. Wir müssen energisch fordern, daß nicht länger als 48 Stunden in der Woche gearbeitet werden darf. Aber auch anderswo hat man gesündigt, indem man Tag und Nacht arbeitet, während an anderen Stellen große Arbeitslosigkeit herrschte. — Medner schlug schließlich vor, zusammen mit den Arbeitgebern bei der Rohstoffverteilungsstelle und bei der Kriegsamtsstelle vorstellig zu werden. Rohstoffe zur Herstellung von Zivilware, wie sie gerade hier in Forst hergestellt werde, seien noch in Hülle und Fülle vorhanden. (Lebhafter Beifall.)

Bezirksleiter Kollege Heinrich Köstler vom Gewerksverein ergänzte die Ausführungen des Vorredners in vielen Punkten. Er wies u. a. darauf hin, daß das Material unnötig spazieren gefahren werde. Erst liefere man die Rohstoffe her, dann werde das fertige Garn nach Leipzig geschickt, um dort gewirnt zu werden, und dann werde es wieder hergeschafft, was nicht gerade zur Milderung der Transportnot beitrage. In Sagan werde ebenfalls in der Spinnerei von Groß-Neu-Beer Tag und Nacht gearbeitet. Auch die Forster Meibetriebe hätten beschäftigt werden können, wenn man die in den einzelnen Fabriken vorhandenen Restbetriebe zusammengelegt hätte. Die ungesunden Zustände müssen notwendigerweise Erbitterung hervorrufen. Die Arbeitgeber würden gut tun, wenn sie sich in Zukunft von anderen wirtschaftlichen Grundfragen leiten ließen als bisher. Der Satz von Angebot und Nachfrage kann heute keine Geltung mehr haben. Eine Arbeitszeit von 48 Stunden sei auch in Zukunft angebracht, denn die Industrie brauche auch nach dem Kriege gesunde Arbeiter. Mit der Unterstützung ist den Arbeitern nicht gedient; sie würden Beschäftigung zu angemessenen Löhnen vorziehen. Wie wir uns heute zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden, so sollte es auch in Zukunft sein. (Beifall.)

Kollege B i d a r vom Christlichen Verband behandelte die Einwirkung der Arbeitslosigkeit auf das Familienleben. Viele Industrien seien durch den Krieg schwer getroffen, aber die Textilindustrie blute aus tausend Wunden. Dies habe bedeutende moralische und sittliche Folgen. Sehr oft müssen Mütter ihre Kinder hier zurücklassen und nach auswärts ihrer Arbeit nachgehen. Auch für die heimkehrenden Krieger habe der Mangel an Rohstoffen nachteilige Wirkungen. Leute, die 3 und 4 Jahre im Schützengraben zugebracht haben, müßten unter Umständen nach ihrer Heimkehr wieder auswärts gehen, um ihr Leben fristen zu können. Das dürfe man ihnen keineswegs zumuten. Er hofft, daß das gemeinsame Vorgehen auch Erfolge zeitige. (Zustimmung.)

Darauf nahm Herr Bürgermeister Gründer das Wort, um darzulegen, daß auch die Stadtverwaltung der Frage große Bedeutung beimesse. Das gesamte Wirtschaftsleben der Stadt sei durch die Arbeitslosigkeit betroffen. Die Verhältnisse sind ganz unhaltbar geworden. Die städtischen Körperschaften hätten sich mit der Frage der großen Arbeitslosigkeit bereits beschäftigt, indem sie die Sätze der Arbeitslosenunterstützung erhöhten. Aber die Unterstützung kann ja nur so bemessen werden, daß die Arbeiterschaft nur gerade vor dem äußersten geschützt werde. Trotzdem sei im neuen Haushaltsplan eine Summe von 1 500 000 Mk. für Unterstützungen ausgeworfen worden. Den größeren Teil davon zähle zwar der Staat, aber auch die Stadt habe eine bedeutende Summe zu tragen. Wir haben bereits eine Eingabe gemacht und darauf die Antwort erhalten, die Herr Kollege schon bekanntgegeben hat. Die Stadt wird alles tun, um an der Besserung der Verhältnisse mitzuwirken. (Beifall.)

Herr Stadtrat G ö r l i n g stimmte im Namen des Fabrikantenvereins den gemachten Vorschlägen zu und erklärte, alle Schritte zu unterstützen, die zur Besserung der Verhältnisse beitragen können.

In der Aussprache forderte Kollege G e h n e, daß die Vertreter der Verbände bei den bevorstehenden Verhandlungen die Interessen der Arbeiter in erster Linie wahren sollten. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen müsse durchaus gewahrt werden.

Kollege K o h l e ging im Schlußwort auf die U e b e r g a n g s w i r t s c h a f t nach dem Kriege ein. Auch hier haben die Arbeiter die gleichen Ziele wie die Arbeitgeber. Wir werden noch öfter Gelegenheiten nehmen müssen, zusammen zu beraten. Den Luxus großer Bewegungen werden wir uns nach dem Kriege nicht leisten können, sondern alle Hände voll zu tun haben, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Was uns p o l i t i s c h scheidet, soll uns nicht kümmern; man muß auch bei dem politischen Gegner den guten Glauben voraussetzen und ihm die nötige Achtung entgegenbringen. Wir haben jahrelang aneinander vorbeigeredet. Das heutige Vorgehen läßt gute Aussichten auf die Zukunft. Man werde den wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter mehr als früher entgegenkommen. Wenn wir in Zukunft gemeinsam arbeiten, werden wir die Textilindustrie wieder auf die achtunggebietende Höhe bringen, die sie vorher hatte. Den Arbeitern aber rufe er zu: Seid einig! einig! einig! und haltet fest an der Organisation! (Zustimmung.) — Es wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

„Die Versammelten erklären sich mit den Ausführungen der verschiedenen Redner einverstanden. Sie beauftragen die Leitungen der Gewerkschaftsverbände, in Gemeinschaft mit den städtischen Behörden und den Arbeitgebern an den maßgebenden Stellen vorstellig zu werden, um eine größere Arbeitsgelegenheit für die Forster Textilindustrie zu erreichen, sei es in der Anfertigung von Seeresbedarf oder Zivilware. Insbesondere fordern die Versammelten die

baldische Einführung der 48 stündigen w ö c h e n t l i c h e n Arbeitszeit, nicht nur in Forst, sondern an allen Plätzen, an denen die Textilindustrie ansässig ist.“

## Zur Lohnfrage in den Baumwollwebereien.

Man schreibt uns aus Sachkreis:

In Nr. 8 des „Textilarbeiters“ wird zu der Frage der Nachzahlung für die Baumwollgewebe, die vor der Preis-erhöhung in Auftrag gegeben waren, Stellung genommen. Mit Recht wird hervorgehoben, daß es ein himmelschreiender Skandal ist, den armen Baumwollwebern den Betrag so lange vorzuenthalten. Bei den Verhandlungen, die mit den Höchstleistungsbetrieben der Oberlausitz stattfanden, wurde von den Arbeitgebern darauf hingewiesen, daß die Nachzahlung alsbald geschehen würde. Viele Monate sind seitdem vergangen. Nach Aussagen von Arbeitgebern haben diese sich verschiedentlich darum bemüht; die Arbeiterschaft wurde immer damit verkröft, daß die Angelegenheit noch nicht erledigt sei. Als die Arbeiter erst Ende des vergangenen Jahres wieder auf die Nachzahlung drängten, wurden in einzelnen Betrieben Aufnahmen gemacht, um festzustellen, was jeder Arbeiter fertiggestellt hatte. Die Arbeiterschaft war voller Hoffnung, daß nun endlich der verdiente Lohn zur Auszahlung kommen würde. Es sind wieder einige Monate bis jetzt vergangen, aber die Arbeiter warten bis heute noch auf die Erledigung der Angelegenheit.

Auch die Textilarbeiterverbände haben sich wiederholt durch Eingaben bemüht, endlich Klarheit zu schaffen; immer vergebens. Selbst durch eine Eingabe an den Reichskanzler konnte die Sache noch nicht erledigt werden. Die armen Textilarbeiter können warten, trotzdem sie sich in der größten Notlage befinden. Milliarden über Milliarden werden durch den unseligen Krieg verbraucht, aber für die Armeen der Armen hat man nichts übrig.

Den Arbeitern wurde auch versprochen, daß für Verarbeiten von schlechtem Material eine Entschädigung gezahlt werden sollte, und sobald dies von den B. V. A. festgestellt wäre, sollten die Arbeiter diese erhalten. Auch diese Angelegenheit ist bis heute noch nicht erledigt. Jede Entschädigung muß von den Arbeitern förmlich erkämpft werden. Wird eine solche gewährt, so ist sie so gering, daß der wirkliche Verlust an Arbeitsverdienst nicht im entferntesten damit ausgeglichen werden kann. So trägt auch heute noch der Arbeiter das Risiko bei Verarbeitung von schlechtem Material. In den Betrieben, wo eine Entschädigung gezahlt wird, erklären die Arbeitgeber, daß sie diese aus ihrer eigenen Tasche zahlen. Auch in dieser Frage muß Klarheit geschaffen werden, denn in den hiesigen Baumwollwebereien kommt manchmal Material zur Verarbeitung, das jeder Beschreibung spottet. Selbst der fleißigste Weber kann bei aller Anstrengung nur einen ganz geringen Verdienst erreichen. Wenn unter solchen Verhältnissen der Arbeiterschaft einmal die Geduld ausgeht und sie die Arbeit verweigert, dann werden die Arbeiter als Vaterlandsverräter hingestellt.

Wer ist hier aber der schuldige Teil? Weshalb wird die Entschädigungsfrage nicht geregelt?

Wenn kein anderes Material zu beschaffen ist, dann muß aber dem Arbeiter mindestens ein Lohn garantiert werden, mit dem er existieren kann, sonst werden die Arbeitseinstellungen auch in der Textilindustrie noch mehr um sich greifen.

## Soziale Rundschau.

### Abfindung von Kriegerwitwen.

Den Witwen, die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges Kriegswitwengeld beziehen, kann für den Fall der Wieder-erheiratung eine Abfindung bis zu % des dreifachen Betrages der Kriegsverforgung gewährt werden. Die Höchstsummen betragen: 1000 Mk. für die Witwe eines Gemeinen, 1250 Mk. für die Witwe eines Unteroffiziers oder Sergeanten, 1500 Mk. für die Witwe eines Feldwebels oder Bizefeldwebels, 3000 Mk. für die Witwe eines Leutnants oder Hauptmanns, 4000 Mk. für die Witwe eines Stabsoffiziers, 5000 Mk. für die Witwe eines Generals. Die Abfindung wird nur gewährt, wenn ein Bedürfnis anerkannt wird. In der Regel werden nur Witwen bis zu einem Alter von 55 Jahren berücksichtigt. Die Entscheidung liegt bei der obersten Militärverwaltungsbehörde, also bei den Kriegsministerien in Berlin, München, Dresden und Stuttgart.

## Zur Ernährungsfrage.

### Tit Berlin Selbstversorgungsort?

Sal Freilich nicht in dem Sinne, wie auf dem Lande, daß jeder für seine Ernährung auf seine eigenen Erzeugnisse zunächst angewiesen wäre, sondern nur in dem, daß er sich seine Nahrung in der Hauptsache selber beschaffen muß, weil das, was ihm die Behörde verschafft, zur Ernährung nicht ausreicht. Es soll heute nicht davon geredet werden, daß die den Einwohnern Berlins zugebilligten Rationen an Brot, Kartoffeln, Fleisch und Fett nicht ausreichend sind — das ist auch anderwärts nicht der Fall —, sondern nur davon, daß die sonstigen Lebensmittel, die auf den Markt kommen k ö n n e n, nicht auf ihn kommen, sondern hinterherum verkauft werden oder in so geringen Mengen nur auf den Markt kommen, daß nur wenige Glückliche davon etwas abbekommen. Nur mit einem Lebensmittel, leider einem sehr unvollkommenen und wenig beliebten, der K o h l r ü b e, macht man zeitweilig eine Ausnahme und wirft sie in Massen auf den Markt, daß manchem bei ihrem Anblick der Appetit vergehen mag. Dagegen sieht man keinen Kohl, keine (rote) Mohrrübe in Berlin, wenigstens nicht in den Arbeiterquartieren. Selten sieht man auch einmal frische Fische und Rauchaufsch.

Wo bleiben die Sachen? Verschwinden sie in Restaurants und Hotels oder in die Vorratskammern der Begüterten, besonders des Westens? Gemüsekonserven kommen auch nicht zur Verteilung. Wo bleiben auch sie?

Wir glauben gern, daß es dem Magistrat Berlins nicht möglich ist, von all den Sachen soviel zu bekommen, wie er haben möchte, doch verhältnismäßig wird er wohl nicht weniger bekommen oder bekommen können als die Verwaltungen der Nachbarstädte, wie Richtenbergl, Neufölln, Schöneberg, Wilmersdorf. Dort hat man zwar auch nicht soviel,

daß man jedem Einwohner von allem genug zum freien Kauf stellen könnte, man weiß es aber doch so einzurichten, daß jeder einmal von allem etwas bekommt: man läßt die Lebensmittelkarte in Funktion treten und sichert durch sie jedem seinen Anteil. In Berlin hat man diese Karte auch, bringt sie aber nur für die Abgabe anderer Lebensmittel, nicht auch für Gemüse und Fische und dergleichen in Anwendung.

Warum nicht? Getraut sich der Magistrat Berlins eine so einfache Sache nicht zu machen? Oder will er es nicht? Getraut er es sich nicht, warum nicht? Will er es nicht, warum nicht?

Setzt er vielleicht eine — für uns unbegreifliche — Ehre darin, daß die Bewohner Berlins im ganzen Reiche vielleicht an unzureichendsten mit Lebensmitteln versorgt werden? Oder sollen die Berliner gezwiebelt werden? Und warum das? Und wenn, warum nicht alle Berliner Einwohner, sondern bloß die, die es verschmähen, hinterherum zu kaufen, oder die keine Gelegenheit dazu haben?

Ja, Berlin ist Selbstversorgungsort. Wer sich nicht selbst versorgt, hat das Nachsehen. Die Magistratsmitglieder leiden selber darunter, denn da sie die geltenden Vorschriften noch weniger übertreten können als jeder andere lokale Bürger, so leiden sie selber unter diesem unhaltbaren Zustande. Kein Wunder, daß sie alle zusehends abmagern. Doch ein unerklärliches Wunder ist es, daß sie nicht schon in ihrem eigenen Interesse solchen Missetaten ein Ende machen, wenn ihnen schon das Schicksal der sonstigen Einwohner kein Kopfzerbrechen machte. Warum sorgen sie nicht wenigstens für sich? Sie würden damit — unfreiwillig — für die ganze Bevölkerung sorgen, und diese wäre ihnen für einen Egoismus dankbar, der auch zur Hebung des Gemeinwohls beitragen könnte.

## Aus der Textilindustrie.

Streik der Trikotagenarbeiterinnen in Chemnitz. Im Auftrage der Trikotagenarbeiter und -arbeiterinnen wurden von Seiten der Gausleitung am 8. Dezember 1917 Lohnforderungen an sämtliche Fabrikanten des Chemnitzer Bezirks eingereicht. Die Unternehmer überwiesen die Angelegenheit dem Verband Sächsischer Textilindustrieller. Von dieser Stelle ging der Verbandsleitung Mitte Dezember ein Schreiben zu, in welchem gesagt wurde, daß grundlegende Änderungen der derzeitigen Löhne und Arbeitsbedingungen nicht anerkannt werden könnten, jedoch seien sämtliche Firmen gern bereit, in der Entlohnung ihrer Arbeiterschaft den obwaltenden Verhältnissen Rechnung zu tragen, soweit das im Bereich der Möglichkeit liege. Hiernach durfte angenommen werden, daß sämtliche Fabrikanten den Arbeiterinnen Lohnaufbesserungen zukommen lassen würden. In einigen Betrieben bzm. Abteilungen wurden die Arbeiterinnen betreffs Aufbesserung der Löhne vorstellig, wurden aber abgewiesen. Von Seiten der Organisationsleitung war nochmals an das Kriegsministerium, Kriegs-Rohstoffabteilung, betreffs einer Vermittlung geschrieben worden, da man nicht annehmen konnte, daß die Seeresverwaltung zu niedriger Preise zahle, die eine Erhöhung der Löhne ausschließe. Eine Antwort kam nicht. Die bisher gezahlte Textilarbeitslosenunterstützung war für einen erheblichen Teil der Arbeiterinnen von Seiten des Rates der Stadt Chemnitz eingestellt worden, obwohl teilweise in einzelnen Abteilungen weniger als 50 Stunden wöchentlich gearbeitet wurde. Die Stimmung unter den Arbeiterinnen war deshalb eine erregte. Am 18. Februar d. J., vormittags, legte plötzlich in vier Betrieben die Arbeit einmütig nieder. In Betracht kamen die Firmen Marschel u. Co., Müller u. Horn, Sigmund Goerik und Vereinigte Trikotagenfabriken.

Von Seiten der Organisationsleitung wurden sofort mit den einzelnen Fabrikanten Verhandlungen angebahnt, die aber zu keinem Ergebnis führten. Nachdem eine Aussprache mit den Vertretern des Verbandes der Textilindustriellen stattgefunden hatte, wurde eine Verhandlung für Donnerstag, den 21. Februar, im Sitzungssaale des Arbeitgeberverbandes anberaumt. Vorher war am 19. Februar in einer Versammlung der Ausständigen auf Anraten der Organisationsvertreter beschlossen worden, die Arbeit am 20. Februar, früh, einmütig wieder aufzunehmen. Die Verhandlungen wurden von Herrn Kommerzienrat Wiede geleitet. Außer den Vertretern der am Ausstand beteiligten Betriebe waren noch einige Besitzer von größeren Betrieben der Trikotagenbranche anwesend. Auch nahm an den Verhandlungen der Vertreter des Kriegsamtes in Chemnitz und der Syndikus der Textilindustriellen teil. Von Seiten des Deutschen Textilarbeiterverbandes waren die Kollegen Floritsch und Sachs und außerdem sechs weibliche Arbeiterauschussmitglieder aus den in Betracht kommenden Betrieben anwesend. Nach über vierstündiger Verhandlung wurden folgende Teuerungszulagen neben den bereits bisher gezahlten Lohn- und sonstigen Zulagen gewährt:

Für männliche Arbeiter bis 18 Jahre alt	8.— Mk. wöchentlich.
„ weibliche „ über 18 „	4.— „ „
„ „ bis 17 „	3.— „ „
„ „ über 17 „	3,50 „ „

Die Zulagen erfolgen ab 25. Februar 1918. Von Seiten der Fabrikanten war folgendes Angebot gemacht worden:

Für männliche Arbeiter bis 18 Jahre alt	8.— Mk. in 4 Wochen
„ weibliche „ über 18 „	10.— „ „
„ „ unter 18 Jahren	4.— „ „
„ „ von 16—18 Jahren	6.— „ „
„ „ über 18 Jahre	8.— „ „

Demnach wurde in der Verhandlung eine wesentliche Aufbesserung erreicht.

Die anwesenden Vertreter derjenigen Betriebe, die nicht vom Ausstand betroffen waren, erklärten gleichfalls ihr Einverständnis zur Zahlung der gewährten Teuerungszulage an ihre Arbeiter und Arbeiterinnen.

In der Spinnerei am Stadtbach in Augsburg wird seit geraumer Zeit infolge Mangel an Rohmaterial mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Um den Arbeitern für den erzielten Minderverdienst einen Ausgleich zu bieten, gewährte die Direktion eine Kriegsteuerungszulage von 4 Mk. pro 14tägigen Zahltag und eine Kinderzulage von 3 Pf. pro Arbeitsstunde. Obwohl das Unternehmen einen sehr günstigen Geschäftsabschluß zu verzeichnen hat — es verteilt bei reichlichen Abschreibungen und Rücklagen 10 Proz. Dividende — wurde den Arbeitern vor einiger Zeit, nachdem inzwischen ein Wechsel in der Betriebsleitung eingetreten war, sowohl die Kriegsteuerungszulage wie auch die Kinderzulage entzogen.

Der Versuch der Arbeiter, die Direktion zur Rückgängigmachung dieser Maßregel zu bewegen, blieb erfolglos, so daß sie den Beschwerdeweg zum Schlichtungsausschuß betreten. Nach mehrstündiger Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß erließ dieser am 11. Februar 1918 folgenden Schiedsspruch:

„Wenn auch anerkannt werden muß, daß die Lohnsätze der Baumwollspinnerei am Stadtpark in Augsburg nicht niedriger sind, als jene in anderen ähnlichen Betrieben in Augsburg, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Arbeiter der Baumwollspinnerei wegen nicht immer vorhandener voller Beschäftigung und Verdienstmöglichkeit nicht imstande sind, die in der Lohnaufstellung pro Arbeitstag ausgewiesenen Beträge regelmäßig zu verdienen. In Anbetracht der noch bestehenden außerordentlichen Teuerungsverhältnisse wird der Direktion der Baumwollspinnerei am Stadtpark dringend nahegelegt, bis zum Wiedereintritt geordneter Arbeitsverhältnisse und günstigerer Lebensbedingungen die bisher freiwillig gewährten Teuerungszulagen weiter zu bezahlen.“

Die Aussichten der Baumwollversorgung in der Uebergangszeit werden in der „Frankf. Ztg.“ von ihrem W. Gladbacher Korrespondenten nicht rosig gezeichnet. Er schreibt:

Rohbaumwolle steht zurzeit in Amerika und England außergewöhnlich hoch; in New York kostete Upland Middling am 8. Februar 1918 31,70 Cents (in Liverpool 23,61 P.). Dies würde, umgerechnet auf das deutsche Pfund, unter Berücksichtigung der Valuta etwa 3,75 Mk. ausmachen, welchen Preis heute amerikanische Baumwolle loco New York kosten würde. Geseht den Fall, es wäre Verschiffung nach Bremen möglich, so würde sich bei den hohen Fracht- und Versicherungspreisen das Pfund Baumwolle auf über 5 Mk. stellen. Am 31. Juli 1914, dem letzten Tage einer amtlichen Preisnotierung in Bremen, wurde Middling mit 62½ Pf. das Zoltpfund an der Bremer Baumwollbörse gehandelt. Hieraus läßt sich erkennen, welche Schwierigkeiten die Uebergangswirtschaft voraussichtlich bringen wird. Vor dem Kriege wurde in Deutschland jährlich für 500 bis 600 Millionen Mark Baumwolle verarbeitet, und zwar in vielen Hunderten von Betrieben. Eine annähernde Versorgung Deutschlands nach dem Kriege wird wegen der Frachtraumnot, der Valuta und sonstigen Schwierigkeiten in der Uebergangszeit unmöglich sein, etwaige Abhilfe kann teilweise jedoch später in eigenem Kolonialbesitz gefunden werden. Auf keinem Gebiet der Rohstoffherzeugung empfinden wir die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten so hart wie in bezug auf die Baumwolle. War das schon in Friedenszeiten der Fall, wo unsere heimische Industrie unter den unberechenbaren Preisschwankungen schwer zu leiden hatte, so noch mehr im Kriege, wo der Mangel an Baumwolle direkt hemmend für die Herstellung wichtiger Bedarfsartikel zu werden drohte. Mit großer Genugtuung kann daher festgestellt werden, daß es deutschem Erfindungsgeist gelungen ist, für den amerikanischen Rohstoff Ersatz zu schaffen. Einer dieser wichtigen Ersatzstoffe ist die Nessel- oder Kesselfaser, deren Kultur in Deutschland in verhältnismäßig kurzer Zeit so gefördert werden konnte, daß sie den Rohstoff für Garne und Gewebe liefert, deren Verwendbarkeit hinter den gleichen Erzeugnissen aus Baumwolle nicht mehr weit zurückbleibt. Zur Förderung der Nesselkultur wurde in Berlin vor nicht ganz einem Jahre die deutsche Nesselbau-Gesellschaft, welche den Anbau von Brennesseln als Ersatz für Baumwolle planmäßig fördern will, mit dem beiderseitigen Stammkapital von 175 000 Mk. gegründet und hat dieses dann im Juli v. J. auf 5 Millionen Mark erhöht. Die vor kurzem stattgefundene Kapitalerhöhung umfaßt 10 000 000 Mk., so daß das Kapital jetzt 15 Millionen Mark beträgt. Diese außerordentliche Entschlossenheit der Gesellschaft legt Zeugnis ab für die Zuberst, mit welcher sachverständige Kreise das Ziel verfolgen, Deutschland auf dem Gebiete der Webstoffe in möglichst weitem Maße vom Ausland unabhängig zu machen. Für das Jahr 1918 ist für ganz Deutschland eine Nesselanbaufläche von 20 000 Hektar in Aussicht genommen, welche den Ertrag von 160 000 Doppelzentner Nesselkapseln gewährt. Das Garn aus der Nesselkapsel kann zu feinen Nummern ausgesponnen werden, ist haltbar, weich und rein. Nach dem Kriege werden wir bestimmt viel weniger Baumwolle benötigen als vor dem Kriege, wenn der Anbau der Nesselkapsel im großen aufgenommen wird.“

Zu der Bemerkung ihres Korrespondenten über die Kultur der Nesselkapsel sagt die Redaktion der „Frankfurter Ztg.“ mit Recht: Der Weltvorrat ist durch eine Reihe von Mägen und die Steigerung des amerikanischen Bedarfs anhaltend im Sinken trotz des Ausfallens der mitteleuropäischen Käufer seit über drei Jahren, und die Preise sind unerschwinglich geworden; sie würden nach obiger Aufstellung für den Import des alten Friedensbedarfes allein 4 bis 5 Milliarden Mark kosten. Wir müssen also aus gebieterischer Not Ersatzstoffe kultivieren. Man gebe sich aber keinem Ueberstolz über die Leichtigkeit der Aufgabe hin: 160 000 Doppelzentner Nesselkapseln klingen sehr stolz; indessen erscheint die Zahl bescheiden, wenn man ihr unteren früheren Baumwollimport mit 4½ Millionen Doppelzentner gegenüberstellt.

Zur Wollerzeugung Rumäniens wird geschrieben: Man ist allgemein der Ansicht, daß sich die rumänische Wollerzeugung (vor dem Kriege über 10 500 Tons) beträchtlich steigern lasse, die Zahl der Schafe betrug 1911 rund 534 Millionen. Inzwischen sollen von der Regierung und den Wollproduzenten des Landes selbst bedeutende Mittel aufgewendet worden sein, um die Schafzucht zu fördern. Wenn auch durch den Krieg diese Bestrebungen eine Unterbrechung erfahren haben, so wird sicher später die rumänische Wollfrage ganz besonders für die Mittelmächte eine Rolle spielen, um so mehr, als diese sich bemühen, sich vom Bezuge überseeischer Wollen nach und nach unabhängig zu machen.“

Die Seidentraupenzucht in der Türkei hat naturgemäß auch stark unter dem Kriege gelitten. In der europäischen Türkei betrug 1912 die Kokonernte 500 000 Kilogramm. Das reichste Seidengebiet der asiatischen Türkei sind die Wilajets Brussa und Ismid mit zusammen rund 4 Millionen Kilogramm frischer Kokons im Jahre 1912. Auch hier ist die Produktion zurückgegangen, da die nötigen Arbeitskräfte fehlten. Wichtig sind noch die Bezirke in Syrien einschließlich Aleppo und Beirut mit einem Ergebnis von über 4 Millionen Kilogramm, ferner Smyrna mit 200 000, Adama mit 120 000 und Diarbekir-Sivas sowie die Gassen des Schwarzen Meeres mit 400 000 Kilogramm. Es kann somit ein Durchschnittsergebnis von 10 Millionen Kilogramm frischer Kokons als jährlicher Ernteertrag

gerechnet werden. Man hofft, die Produktion einige Jahre nach dem Kriege um ein vielfaches zu erhöhen, da noch neue Gebiete für die Seidenzucht erschlossen werden sollen.

Gute Wäsche aus Zellstoff soll jetzt vorhanden sein. Wie bekanntgegeben wird, soll die technische Frage der Herstellung geeigneter Papiergewebe zu Unterwäsche jetzt als gelöst anzusehen sein, so daß allmählich an die wirkliche Herstellung solcher Unterwäsche aus Papier gegangen werden kann, die zugleich tragbar und waschbar ist. Der Stoff soll selbst beim einfachen Kochen keine Veränderung erleiden, außer, daß er geschmeidiger wird. Es handelt sich dabei namentlich um eine neue technische Behandlung des Vorgespinnstes aus Zellstoff, bei der die Fäden aneinandergelegt werden. Die Hauptsache wird nun sein, neben der technischen auch die wirtschaftliche Frage zu lösen, nämlich die Preisgestaltung so zu beeinflussen, daß die brauchbare Papierunterwäsche im Preise so niedrig gestellt wird, daß sie gegenüber den anderen Faserstoffen als preiswert erscheint. Bis dahin wird alles weitere abzuwarten sein. Bei der unversichtlichen Preistreiberei, die bei Papiergarn und Waren daraus ruhig geduldet wird, braucht sich die Technik nicht besonders zu bemühen; Waren aus Papiergarn werden dabei niemals zu einem gern gelaufenen Artikel werden.

Das Deutsche Forschungsinstitut für Textilindustrie, das für Dresden geplant wurde, ist jetzt gesichert. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, wird die sächsische Regierung einen einmaligen Beitrag von einer Million und laufend jährlich 100 000 Mk. gewähren. Die Stadt Dresden schenkt den Bauplatz im Wert von 1½ Millionen Mark, auch die sächsische Textilindustrie hat große Unterstützungen zugesichert. In Dresdener Kreisen geht man bekanntlich mit dem Gedanken um, eine nähere Verbindung des neuen Textilforschungsinstituts mit der Kaiser-Wilhelms-Gesellschaft zu schaffen. Als Abteilungsleiter wurde vor einiger Zeit Dr. Paul Kraus, Dozent für technische Warenkunde an der Universität Tübingen, berufen.

Der sächsischen Wirkwarenindustrie sind im Laufe der Kriegsjahre starke Konkurrenten erwachsen. In der „Leipziger Mustermesse“ ist zu lesen:

„Nach einer uns zugegangenen Mitteilung sind von Waren, die bisher aus Deutschland bezogen und in der Schweiz nicht gemacht werden, u. a. Strumpfwaren und Handschuhe, stark gesucht worden, nachdem Deutschland hierin die Ausfuhr ganz verboten hat. Hier ist in letzter Zeit ein großer Wandel eingetreten; Strumpfwaren kommen täglich in großen Sendungen aus England, viele Großkonumenten haben auch aus Amerika größere Posten erhalten. Besonders Amerika strengt sich momentan enorm an, in diesem Artikel den Schweizer Markt zu erobern. Auch in seidenen Strümpfen, welche noch aus Deutschland herauskommen, ist Amerika zurzeit recht leistungsfähig. So offeriert z. B. ein großes Haus in Luzern amerikanische seidene Strümpfe mit zirka 70 bis 80 Frank pro Duzend, während die billigsten Sorten aus Deutschland heute zirka 160 Mark kosten.“

Außerdem haben auch Schweizer Fabriken stark die Herstellung von Strümpfen, besonders in Seide, begonnen. In Handschuhen werden fast täglich in der Schweiz neue Fabriken eröffnet; eine große Fabrik in St. Gallen, welche bisher nur Stickerien usw. fabrizierte, betreibt in einer neuen Fabrik die Herstellung von Handschuhen in großem Maßstab.

In anderen Textilwaren werden ebenfalls in der Schweiz fortwährend neue Fabriken gegründet, in Zürich besonders in der Bekleidungsbranche, Blusen usw. Man glaubt in der Schweiz, daß diese Fabriken zum Teil heute schon so leistungsfähig sind, daß der deutsche Markt auf Jahre auch nach dem Kriege nicht mehr in Frage kommt; wenn der Krieg noch lange dauert, wird es mit den sächsischen Textilwaren nicht anders gehen.

Die Textilindustrie in der Amtshauptmannschaft Löbau. Die Textilindustrie der Oberlausitz wird durch den Krieg immer mehr in Mitleidenchaft gezogen; wenn zu Anfang des Jahres 1917 die Zahl der stillgelegten Betriebe schon ziemlich groß war, so hat diese im Laufe des Jahres noch weiter zugenommen. In welchem Maße die einzelnen Kommunalverbände hiervon betroffen werden, zeigt uns ein Bericht der Amtshauptmannschaft Löbau. Daraus ist zu entnehmen, daß für die Textil- und Konfektionsarbeitslosenunterstützung im Jahre 1917 2 212 000 Mk. aufgewendet werden mußten. Im Jahre 1916 betrug die Summe 1 473 000 Mark. Die Gesamtsumme der zur Auszahlung gebrachten Arbeitslosenunterstützung beträgt seit Einführung dieser 4 200 000 Mk. Von dieser Summe hat der Bezirk 1 748 000 Mark selbst aufzubringen, deren Verzinsung allein 512 000 Mark beansprucht. Da die Konfektionsindustrie nur in einigen Orten vertreten ist, so fällt der Hauptteil der gezahlten Unterstützung auf das Konto der Textilindustrie. Vor dem Kriege waren im Bereich der Amtshauptmannschaft in den gewerblichen Betrieben fast 23 000 Arbeiter beschäftigt, hiervon entfielen auf die Textilindustrie mehr als 14 000. Die Baumwollindustrie war recht stark vertreten. Durch die Unterbindung der Zufuhr dieses Rohproduktes ist es leicht erklärlich, daß solche Bezirke besonders schwer betroffen werden. In denjenigen Orten, in denen die Industrie besonders stark vertreten ist, wie Neugersdorf, Ebersbach, Löbau, Oppach und Cunewalde, sieht es geradezu trostlos aus. An einzelnen Orten stehen sämtliche Betriebe still. Die übrigen Betriebe arbeiten mit bedeutend verringerter Arbeiterzahl, tage- und wochenlanges Aussetzen ist an der Tagesordnung. Selbst in den Höchstleistungsbetrieben für die Baumwollindustrie herrscht Arbeitsmangel. Wenn man heute durch diese Industriedörfer wandert, hört man nicht mehr das Rauischen der Webstühle und das Surren der Maschinen; unheimliche Stille herrscht in den großen Gebäuden, wo einst Tausende fleißiger Hände sich rührten, um Kleidungsstücke aller Art herzustellen. Die Lage der hiesigen Textilarbeiter wäre noch trostloser, wenn nicht die Verarbeitung von Papiergarn eine erhebliche Ausbreitung gefunden hätte. Die Schwierigkeiten in der Verarbeitung dieses Produktes waren anfangs recht erheblich, jedoch man kann wohl sagen, daß die Kinderkrankheiten überwunden sind und es zu wünschen wäre, daß dieses Erzeugnis noch mehr Ausbreitung finden möchte. Die Verdienstmöglichkeit ist unter solchen Verhältnissen eine recht geringe und man muß sich wundern, wie es möglich ist, daß die Arbeiter überhaupt noch existieren kann. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen sind demnach ge-

zwungen, auswärts Arbeit zu suchen, die sie zum größten Teil in der Munitionsindustrie gefunden haben. Auch nach Beendigung des Krieges wird für die Industrie dieses Bezirkes die Beschäftigung nur eine geringe sein, denn die Rohprodukte werden nicht in genügendem Maße zur Verfügung stehen. Wenn hier nicht außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden in bezug auf Beschaffung anderer Arbeitsgelegenheit, so geht die Textilarbeiterschaft einer schweren Zukunft entgegen.

Von der Chemnitzer Textilindustrie schreibt die „Nordb. Allg. Ztg.“: Anders als auf dem Maschinenmarkt ist das Geschäft im Textilgewerbe. Mehr und mehr mußten hier schon 1916 die Betriebe auf Herstellung bzw. Verwendung von Papiergarnen umgestellt werden. Im Jahre 1917 waren fast alle Werke auf Papiergarn eingerichtet und auch stark beschäftigt. Die Verdienstmöglichkeiten waren nicht gering und manches Unternehmen erzielte ansehnliche Gewinne. Die Zukunftsaussichten haben aus verschiedenen Gründen entschieden eine Abschwächung erfahren, und sie würden noch weniger günstig sein, wenn nicht eine ganze Reihe von Betrieben des Webstoffgewerbes schon seit längerer Zeit auf die Verfertigung von Kriegsmaterial anderer Art übergegangen wären. Die Verwendung von Nesselkapseln für die Textilindustrie, für die ein neues Verfahren eingeführt worden ist, kann in wirklich ausgiebiger Weise erst dann ausgenutzt werden, wenn die nötigen großen Mengen von Nesselkapseln zur Verfügung stehen, was aber bei weitem noch nicht der Fall ist. Eine großzügige Arbeit auf dem Gebiete der Nesselkapselanpflanzungen, wie sie die Deutsche Nesselanbau-Gesellschaft plant, ist deshalb mit Freude zu begrüßen. Vorläufig jedoch spielt das Papier in der Textilindustrie noch die Hauptrolle, und die Fachleute erwarten, daß auch in der Zeit der Uebergangswirtschaft das Papier vorherrschend bleiben wird. Bis zu einer allgemeinen Verwertung der Nesselkapseln wird es noch gute Weile haben. Daß jedoch die Brennessel für Spinnzwecke eine große Zukunft haben kann, steht keineswegs außerhalb des Bereichs der Wahrscheinlichkeit. Alles hängt von der Art ab, in welcher Weise die Signung der Nessel für die Zwecke der Webstoffindustrie propagiert wird, und davon, ob der Anbau in wirklich großzügiger Weise betrieben werden wird. In der Textilindustrie ist die Beschäftigung nach wie vor gut. Die drei großen Gesellschaften dieses Gewerbes, die der Chemnitzer Bezirk aufzuweisen hat, befassen sich hauptsächlich mit der Erzeugung von feinen Seidentüchern, doch haben die Fabriken zunehmend unter der Seidenknappheit zu leiden.“

Ueber die fertige Reichskleidung bringt die „Fachszeitung für Schneider und Wäschearbeiter“ einen längeren Artikel, in dem ausgeführt wird, daß die Massenaufträge an Zivilbekleidungsstücken, die von der Reichsstelle als Großunternehmer des Schneidergewerbes der Privatindustrie in Auftrag gegeben, jetzt zu einem großen Teil fertiggestellt worden seien. Es handle sich um hunderttausende Kleidungsstücke. Die Belieferung der kommunalen Verteilungsstellen habe bereits begonnen. Das Blatt führt an, daß die Anschaffung der Reichskleidung für den Verbraucher eine ziemlich kostspielige Sache sein würde, denn der Preisaufschlag durch den Händlergewinn plus Verteilungsstellen der Gemeinden betrage in vielen Fällen 25 Proz. des Herstellungspreises. Bemängelt wird an der Männerkleidung, daß ihre Form oft zu wünschlichen übrig lasse. Die Konfektion habe geschmackvolle, moderne Fassons geliefert, das Handwerk habe zum Teil verjagt, denn die Arbeiter seien selbst den kleinsten Orten zugeführt worden, wo die ehrbaren alteingesessenen Vertreter des Schneiderhandwerks nach ihrer Art recht und schlecht ihre Kunst an den Reichsbekleidungsstücken erprobt hätten. Die Frauenblusen sollen nach dem Fachblatt erst recht nicht den geringsten fachmännischen Anforderungen entsprechen. Ueber sie schreibt das Organ:

„Man sagte uns, daß die Stoffe aus Polen stammten und von der dortigen Landbevölkerung getragen würden. Das erklärt manches. Die Vorliebe der polnischen Kleinstädter und Bauern für lebhaft gefärbte, oft grelle Farben ist bekannt. Dabei waren diese Blusen von den Fabrikanten mit einer erschreckenden Einfachheit und Primitivität gearbeitet. Alles nach demselben Schema, mit hochstehendem Schlußfragen, unter strenger, absichtlicher Beiseitehaltung jeden verzierenden Heiwerts. Man mußberstehe uns nicht. Wir meinen keine Bluse mit allen Attributen der neuesten Modifikation versehen. Auf diese soll und kann der vornehmlich auf das Praktische gerichtete Zweck der Reichskleidung allerdings nicht gehalten sein. Eines konnte man aber tun: nämlich aus demselben Material, wenn es auch allfärrkisch aussieht, verschiedene Dessins und Formen herstellen. So aber wurde alles über einen Leisten geschlagen, so daß eine gewisse Uniformität bei den Trägerinnen der Reichskleidung herbeigeführt wird, denen man schon von weitem anfieht, daß sie mit der Reichsbekleidungsstelle in Geschäftsverbindung gestanden haben. Die moderne Arbeiterin von heute stellt in der Tat höhere Ansprüche an eine wenn auch einfache, aber doch geschmackvolle Kleidung. Das ist ein Zeichen höherer Kultur. Wenn man ihr aber von der Reichsbekleidungsstelle gleich „polnisch“ kommt und ihr zumutet, mit so vorintstlich anmutenden Nowels, noch dazu in Preislagen von 12 bis 35 Mk., sich zu begnügen, dann wird sie sich es sicher überlegen, als Käuferin aufzutreten. Dann wird allerdings eine größere Streckung der Warenbestände eintreten, was der Reichsstelle vermutlich erwünscht sein wird.“

Künstler der Praxis, die wirklich etwas Praktisches leisten, sollte man aber auch in der Reichsbekleidungsstelle nicht suchen.

Die Herstellung künstlicher Seide aus Bananenholz ist gelungen. Ein portugiesischer Chemiker, Edouard Berenguer, hat ein neues chemisches Verfahren zur Herstellung des Holzes des Bananenbaums oder jeder anderen Faserpflanze erfunden. Die daraus hergestellte Seide hat alle Vorzüge der natürlichen, denselben Glanz und dieselbe Dehnbarkeit; gewebt kann man sie von letzterer nicht unterscheiden, es sei denn durch chemische Analyse. Die Darstellung der Berenguerseide erfordert wohlfeile Reagentien und einen bisher wenig oder gar nicht benutzten Rohstoff, nämlich die Blätter und das Holz des Bananenbaums.

(Nach l'Industrie Chimique, Paris.)

Die deutsche Faserstoff-Industrie hat sich, wie die „B. Z.“ erfährt, zu einem „Verband Deutscher Faserstoff-Fabrikanten“ mit dem Sitz in Berlin zusammengeschlossen.

Die Kunstwollefabrik von Adolf Wagner, Ebersbach in Württemberg, ist zum größten Teil abgebrannt. Das Feuer entzündete während der Nacharbeit und zerstörte den Hauptarbeitsraum mit den wertvollsten Maschinen. Der Betrieb ist auf längere Zeit gestört. Das Feuer ist anscheinend durch das Abfliegen eines Funkens in die Heizwolle entstanden. Kontor, Hauptmagazin und Wohngebäude sind unversehrt. Der Schaden ist sehr erheblich.

Ein Notschrei aus dem Züricher Oberland. Der „Textilarbeiter“, Organ des Schweizerischen Textilarbeiterverbandes, fragt:

Ist es nicht verständlich, wenn Ärzte uns sagen, daß ein Großteil der Textilarbeiter an Unterernährung leidet? Ist es nicht begreiflich, wenn bürgerliche Richter gestehen müssen, daß viele Diebstahlsdelikte aus Not und Verzweiflung zustande kommen? Kann jener Textilarbeiter nicht begriffen werden, der durch die traurigen Verhältnisse gleichgültig, roh und erbittert wird, oder jener Fabrikarbeiter, der sein Elend durch den Alkoholgenuss zu vergessen sucht? Muß jene Arbeiterin nicht bemitleidet werden, die durch unmoralischen Nebenverdienst sich ihr Einkommen zu erhöhen sucht? Hat man kein Erbarmen mit jener Textilarbeiterfamilie, die dank ihres elenden Verdienstes in ungesunden Wohnstätten, in Löchern sich aufhalten muß? Kann man noch länger zusehen, wie Fabrikanten sich aus der Not der Arbeiter bereichern und dank ihres Gewinnes ein Leben in Saus und Braus führen? Will niemand dort Hand anlegen, wo die Arbeiterfamilie sich nicht mehr selbst helfen kann, wo alle Organisationsarbeit der Gewerkschaften durch die Willkür der Unternehmer vernichtet wird? Ist es nicht höchste Zeit, Behörde und Regierung anzurufen, damit auf diesem Wege der notleidenden Arbeiterschaft geholfen und dem millionenschweren Unternehmertum seine Ausbeutungspläne durchkreuzt werden können? Muß nicht jeder vernünftige Mensch alle jene Arbeitgeber bekämpfen, die in gegenwärtiger Zeit Löhne bezahlen, durch welche Tausende von Vätern, Müttern, Söhnen, Töchtern und unschuldigen Kindern dem Ruin entgegengehen? Wer ein Herz, das schlägt, in sich trägt, der muß angeführte Fragen mit kräftigem Ja beantworten und sich gewiß empören, wenn er nachstehende Lohnzusammenstellung im stillen studiert.

Und nun führt das Blatt eine lange Liste über Textilarbeiterverdienste auf, die die Notlage der Textilarbeiter illustrieren sollen.

Ein 39-jähriger Spinnereiarbeiter, Vater von 6 Kindern, bezieht einen Stundenlohn von 35 Rappen, eine Spinnereiarbeiterin, Mutter von 5 Kindern, 37-jährig, verdient in 8 1/2 Tagen, bei strenger Akkordarbeit 36,65 Fr., eine 15-jährige Spinnereiarbeiterin erhält einen Stundenlohn von 22 Rappen, ein 33-jähriger, lediger Akkordarbeiter einer Spinnerei verdient in 14 Tagen 45 Fr.; eine 35-jährige ledige Spinnereiarbeiterin muß sich mit einem Stundenlohn von 29 Rappen, eine zweite Arbeiterin gleichen Alters mit einem solchen von 27 Rappen zufrieden geben, eine 18-jährige Spinnereiarbeiterin, gesund und kräftig, bringt einen Bahntag mit 114 Stunden von 32,35 Fr. nach Hause.

Und so geht es fort. Die Teuerung ist in der Schweiz fast so schlimm wie bei uns. Doch bei uns sind die Löhne kaum höher als in der Schweiz. Der Notschrei kann auch für unsere Textilarbeiter gelten.

### Kriegsgewinne der Textil-Aktiengesellschaften.

Berliner Färbereifabrik und Weberei in Berlin-Stralau. Einschließlich 10 229 Mk. Vortrag und 80 000 Mk. Ueberweisung aus dem Gewinne der Mechanischen Weberei Baugen G. m. b. H. wurde ein Rohgewinn von 478 034 Mk. erzielt. Die Unkosten stellen sich auf 212 044 Mk. Die Abschreibungen werden mit 40 113 Mk. bemessen, so daß ein Reingewinn von 225 848 Mk. verbleibt, aus dem, wie gemeldet, 6 Proz. Dividende gleich 169 140 Mk. verteilt, der Rücklage 15 000 Mk. zugewiesen werden sollen. Der Rest von 41 708 Mk. wird vortragen. Für das vorhergehende, nur 6 Monate umfassende Geschäftsjahr wurden 3 Proz. Dividende verteilt.

Mechanische Seilerwarenfabrik Küssen. Die Erzeugung und der Umsatz haben nach dem Geschäftsbericht dadurch eine mächtige Steigerung erfahren, daß die Erzeugung von Papierbindfäden gegen das Vorjahr um ein Mehrfaches gesteigert werden konnte. Nach Abschreibungen von 454 556 Mk. (207 457 Mk.), darunter 370 704 Mk. (122 343 Mk.) auf Maschinen verbleibt ein Reingewinn von 852 909 Mk. (746 824 Mk.), wozu noch 484 812 Mk. (268 277 Mk.) Vortrag kommen. Wie bereits gemeldet, sollen 15 Proz. (12 1/2 Proz.) Dividende auf die Stamm- und 16 Proz. (13 1/2 Proz.) auf die Vorzugsaktien verteilt werden.

Kammgarnspinnerei Schedewitz, A.-G. in Schedewitz. Nach dem Geschäftsbericht für 1917 bot sich infolge der Zusammenlegung der Betriebe für die Gesellschaft etwas bessere Beschäftigung. Von den in neutralen Ländern lagernden Wollen mußte infolge des langen Lagerens ein Teil verkauft werden, der Verkauf ließ erheblichen Nutzen, da Wollwerte auch in Uebersee stark angezogen haben. Die Senkungen auf dem Grundstücke infolge des Bergbaus schreiten fort und zwingen zu starken Abschreibungen auf Gebäude- und Grundstücksrechnung. Einschließlich 230 687 Mk. (i. B. 228 541 Mk.) Vortrag und nach Abschreibungen von 624 143 Mk. (435 524 Mk.) beträgt der Reingewinn 1 726 458 Mk. (958 797 Mk.), der wie folgt verteilt werden soll: Wie schon gemeldet 20 Proz. (18 Proz.) Dividende gleich 480 000 Mk. (432 000 Mk.), Anerkennungsgeschenke 20 000 Mk. (i. B. einschl. Gewinnanteile, die diesmal vor Feststellung des Reingewinns abgesetzt worden sind, 96 111 Mk.), Erneuerungsrücklage 700 000 Mk. (i. B. 80 000 Mk. Kriegsvorsorge) und Vortrag 526 458 Mk. (230 687 Mk.).

Das sind geradezu märchenhafte Gewinne, die da gemacht worden sind.

Mech. Baumwoll-Spinn- und Weberei in Rempten. Nach dem Geschäftsbericht wurde das Werk als Höchstleistungsbetrieb bestimmt und hatte als solcher ausschließlich der Kriegswirtschaft zu dienen. Doch blieb ungeachtet dessen der Umfang des Betriebes nur bescheiden, da die Seeresaufträge nicht einmal die Hälfte der maschinellen Einrichtungen bean-

spruchten. Doch konnten die verbliebenen Arbeiter beschäftigt werden. Die hohen Abgaben für die stillgelegten Betriebe, die verhältnismäßig kleine Erzeugung, die fortgesetzten Steigerungen der Löhne und Preise aller Rohstoffe verteuerten die Herstellung sehr, so daß die Höchstpreise während des größten Teiles des Jahres sich als zu niedrig erwiesen und erst später sich allmählich aufbesserten. Spinnerei und Weberei erbrachten 912 299 Mk. (i. B. 773 208 Mk.). Dagegen erforderten allgemeine Unkosten 412 708 Mk. (301 774 Mk.), Zinsen 33 895 Mk. (0) und Abschreibungen 143 857 Mk. (99 108 Mk.). Zugänglich 149 221 Mk. (127 535 Mk.) Vortrag und 20 000 Mk. (0) frei gewordener Kriegsgewinnsteuerrücklage beträgt der Reingewinn 491 000 Mk. (499 861 Mk.). Wie bereits gemeldet, sollen 11 1/2 Proz. (10 Proz.) Dividende gezahlt, 50 000 (wie i. B.) für Kriegsvorsorge und 216 821 Mark zum Vortrag verwandt werden.

Kulmbacher Spinnerei in Kulmbach. Dem Geschäftsbericht für 1917 zufolge ist es gelungen, trotz der außerordentlich hohen Unkosten günstig abzuschließen. Von dem Rohgewinn von 872 680 Mk. einschließlich 62 310 Mk. Vortrag wurden 400 000 Mk. (i. B. 300 000 Mk.) für Abschreibungen abgesetzt. Es verbleibt ein Reingewinn von 472 680 Mark (474 810 Mk.), der wie folgt verteilt werden soll: Sonderrücklage 150 000 Mk. (50 000 Mk.), für die Spinnereiarbeiterstiftung 30 000 Mk. (wie i. B.), erste Zuteilung zur Errichtung eines Säuglings- und Kleinkinderfürsorgeheims für die Arbeiter 25 000 Mk. (0), 15 Proz. (12 1/2 Proz.) Dividende gleich 225 000 Mk. (187 500 Mk.) und Vortrag 42 680 Mk.

Färberei Glauchau, A.-G. in Glauchau. Nach dem Geschäftsbericht für 1917 wurde einschließlich 50 000 Mk. (wie i. B.) Vortrag und nach 53 874 Mk. (69 394 Mk.) Abschreibungen ein Reingewinn von 155 386 Mk. (i. B. nach Rückstellung von 10 000 Mk. für Lohnsteuer und von 100 000 Mk. für Auslandsforderungen 155 889 Mk.) erzielt, der folgende Verwendung finden soll: wie bereits mitgeteilt, wieder 8 Proz. Dividende gleich 80 000 Mk. (wie i. B.), Gewinnanteil und Vergütungen an Aufsichtsrat, Vorstand und Beamte und für Wohlfahrtszwecke 25 336 Mk. (25 889 Mk.) und 50 000 Mk. Vortrag.

Mechanische Seilerwarenfabrik Bamberg. Der Abschluß für 1917 ergab nach 93 221 Mk. (i. B. 96 471 Mk.) Abschreibungen sowie einschließlich 276 002 Mk. (314 873 Mk.) Vortrag einen Reingewinn von 482 113 Mk. (541 127 Mk.). Wie bereits gemeldet, sollen wieder 15 Proz. Dividende gezahlt, 276 002 Mk. für Uebergangswirtschaft zurückgestellt (i. B. 100 000 Mk. für Kriegsvorsorge und 140 000 Mk. zur Förderung des Hans- und Flachsbauwesens verwandt) und 97 000 Mk. vortragen werden.

Die Mech. Leinenspinnerei und Weberei A.-G. Memmingen hat im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Bruttoüberschuß von 455 700 Mk. erzielt (413 000 Mk. i. B.) und einen Reingewinn von 159 900 Mk. (106 100 Mk.), woraus mit 12 Proz. (8) die bisher höchste Dividende verteilt worden ist.

### Berichte aus Fachkreisen.

Kirchberg. Am 2. März fand nach zirka 2 Jahren wieder eine Mitgliederversammlung statt, die den Verhältnissen entsprechend gut besucht war. Unser Geschäftsführer Kollege Reichelt, der gerade auf Urlaub hier weilte, führte aus, daß in letzter Zeit abgehaltenen Versammlungen sich mit der Agitation befassen. Es sei aber auch einmal notwendig, die Kolleginnen und Kollegen in die inneren Verhältnisse der Organisation und der Zahlstelle einzuführen. Er bemerkte, daß unsere Organisation und auch unsere Zahlstelle trotz der großen Schläge, die wir in den ersten Kriegsjahren erlitten, sich wieder vollauf erholt habe. Eine große Anzahl Mitglieder verzogte gleich zu Anfang des Krieges und verließ die Fahne der Organisation. Die Mitgliederzahl war um die Hälfte gesunken. Die im Verbandsverbleiben hielten aber treu aus und trübten durch ihre Unerschrockenheit auch unsere Zahlstelle. Diesen Kolleginnen und Kollegen ist es mit zu danken, daß es in letzter Zeit wieder vorwärts ging. Wir stehen fast genau wieder so da wie in den letzten Friedensmonaten. Es hat sich gezeigt, daß unsere Organisation lebensfähig ist und trotz der hohen Schwankungen sicher durch die Wogen des Krieges hindurchgeführt wurde.

Der Beschluß der letzten Gaukonferenz: für weibliche Mitglieder die 45-Pf.-Klasse als niedrigste Beitragsklasse einzuführen, wurde einstimmig angenommen, mit dem Zusatz: Jugendliche Mitglieder bis zu 16 Jahren können in der 30-Pf.-Klasse weiterzahlen. Nachdem Kollege Reichelt den Anwesenden auch den Wert eines Lokalzuschlags erläutert hatte, wurde der Antrag einstimmig angenommen, vom 1. April an einen Lokalzuschlag von 5 Pf. pro Woche zu erheben. — Unter Verschiedenem wurde angeregt, daß die bis jetzt gezahlten Löhne keinesfalls unseren teuren Lebensverhältnissen entsprechen und demzufolge neue Forderungen an die Unternehmer gestellt werden müßten. Auch wurde bemängelt, daß die Kirchberger Fabrikanten die festgelegte Teuerungszulage nicht voll auszahlen und die Ortsverwaltung beauftragt, diese Angelegenheit zu regeln.

Lugau. Eine überaus zahlreich besuchte Versammlung der in den hiesigen Spinnereien beschäftigten Arbeiterinnen — die Arbeiter scheinen auf Rosen gebettet zu sein — fand hier neulich im Gasthaus zur Sonne statt, um Stellung zur Lohnfrage zu nehmen. Der Referent, Geschäftsführer Lämmele, konnte den Anwesenden an der Hand von ihm selbst gesammelten Materials nachweisen, daß in der Lugauer Spinnerei z. B. die niedrigsten Löhne mit gezahlt werden. Die Löhne bei der Firma Bah, A.-G., betragen 17—27 Pf. pro Stunde, und nur einzelne erhalten mehr; bei den männlichen Arbeitern beträgt der Stundenlohn etwa 60 Pf. Die Firma Facius ließ es sich schon in der Friedenszeit nicht nehmen, die Löhne noch etwas niedriger zu halten, und so ist es auch jetzt noch. Die Firma Bah hatte wahrlich ein Kennntnis von der geplanten Versammlung erhalten, denn durch ihren Obermeister ließ sie erklären, daß sie nicht imstande sei, mehr zu zahlen, und wenn die Stundenlöhne dennoch um 5 Pf. erhöht würden, müßten 100 Arbeiterinnen entlassen werden. Dabei erzielte die Firma bei einem Aktienkapital von 1 000 000 Mark reichlich 595 000 Mk. Reingewinn im Jahre 1916. Die Firma Facius ließ ganz kategorisch erklären: „Wer die Versammlung besucht, wird morgen entlassen.“ Trotzdem war eine Anzahl aus diesem Betrieb anwesend. In einer Resolution wurde der Deutsche Textilarbeiterverband ersucht, Schritte zu unternehmen, um die Löhne auf eine Höhe zu bringen, die den jetzigen teuren Verhältnissen entspricht.

Reichenbach i. S. Die hiesige Filiale unseres Verbandes hielt am Sonnabend, den 2. März, in der „Neuen Welt“ ihr zehnjähriges Stichtagsfest im Form einer bescheidenen Abendunterhaltung ab,

welche von etwa 500 Mitgliedern besucht war und alle Anwesenden in ihren Erwartungen vollständig zufriedensetzte. In dem zur Ausgabe gelangten Bericht heißt es im Vorwort: „Nur wenige Kollegen waren es, welche Anfang des Jahres 1908 zunächst als Einzelmitglieder der — schon 1891 gegründeten — Zentrale Deutscher Textilarbeiter die Filiale Reichenbach i. S. errichten ließen. Trotz dem Druck des damaligen sächsischen Vereinsgesetzes und mancher Unternehmerrschikanen entwickelte sich die tapfere Schar unentwegt zu immer größerer, mehr Achtung gebietender Organisation der Textilarbeiter. Ihre Mitgliederzahl war allerdings stets großen Schwankungen unterworfen. Das war bei der Unwissenheit der Massen und der Eigenart der Industrie nicht zu verwundern. Die Unwissenheit wich mit der Zeit dem Vordringen planmäßiger Aufklärung und die Agitation schuf überzeugte Kerktruppen. Große Lohnkämpfe und deren Erfolge brachten regelmäßig steigende Mitgliederzahlen mit sich. So z. B. 1902 bis 1908 die Einführung der Wohnlohnrate, 1909 bis 1912 die Lohnverbesserungen der Färbereiarbeiter und die erstmalige Festsetzung von Mindeststundenlöhnen für diese Branche 1912/13. Dann schien eine gewisse Stabilität eintreten zu wollen. Die Filiale bestellte einen 2. Geschäftsführer und war auf dem besten Wege zu weiteren Aufstiege mit ihren 2200 Mitgliedern. Da kam der Weltkrieg, die große Lücken in die Reihen und erfüllte die dahingeblichenen mit Unsicherheit, bis ab Sommer 1917 wieder frischer Mut die Ausstehenden belebte. Die unermüdete Tatkraft der Organisation in allen Unterstützungsfragen und Lohnaufbesserungen brachten neue Mitglieder und weibliche Agitationskräfte auf den Plan, so daß die Filiale wieder auftritt. Lahen wir uns unsere Hoffnung nicht trüben auf baldigen Frieden und weiteren Aufbau der Filiale!“

Auf dem Fest selbst brachte Kollege Hausold einen Prolog zum Vortrag, worin der noch vorhandenen 15 Mitglieder aus dem Jahre 1898 gedacht und deren Treue zu ihrem Verband allen Anwesenden warm empfohlen wurde. Dann hielt Kollege Albin Reichelt, Zentralvorstandsmitglied, die Festrede, worin des mühsamen Aufwärtstretens und der Agitationsarbeit der früher tätigen Kollegen gedacht und die Erfolge der Organisation für die gesamte Textilarbeiterchaft hervorgehoben wurden. Die Filiale sei durch 32 Einzelmitglieder des Verbandes zusammengeschweißt worden und in den 25 Jahren seien 8150 Aufnahmen gemacht worden, worunter allerdings mehrfach dieselben Personen dem Verband wieder zugeführt wurden, aber auch ständig Abmeldungen, Uebertritte usw. die Reihen wieder lichteteten, bis der Krieg die schmerzlichsten Lücken hervorbrachte, von denen die Reichenbacher Filiale nicht wieder so genau wie die Nachbarfilialen und solche im Berliner und im sächsischen Gau. In den letzten 10 Jahren seien an Verbandsunterstützungen rund 91 000 Mark in Reichenbach allein aus Zentral- und Lokalfonds gezahlt worden und alle anderen Kriegsmassnahmen und -unterstützungen ganz wesentlich gefördert worden. Alle weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie zur erträglicher Gestaltung der Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden hängen nur vom zahlreichen Anschluß an den Verband ab. Er hoffe, daß das Arbeitgeberwort beherzigt werde: „Die Unorganisierten sind Schlafmützen.“ Wer das nicht sein wolle, müsse sich dem Verbands anschließen, treu in ihm ausharren, als zahlendes Mitglied und als Mitagitator sich betätigen, wie die ersten Pioniere der Filiale es taten — zum Wohle ihrer Familien und der gesamten Textilarbeiterchaft. Darauf nahm — unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Vorwärts“ und zahlreicher Kolleginnen und Kollegen — die Feier ihren weiteren würdigen Verlauf. — In demselben Lokal tagte am 2. und 3. März die Gaukonferenz für den Gau Gera, deren Teilnehmer zum größten Teil der Abendunterhaltung beiwohnten. Alle Teilnehmer werden sich lange der angenehmen Stunden erinnern.

### Literatur.

Die Bedeutung des Sozialismus. In der vorliegenden Broschüre nimmt der Verfasser Dr. Max Adler den 70. Geburtstag des kommunistischen Manifests zum Anlaß, dessen Uebersetzung unserer Zeit in eindringlichen Worten zum Bewußtsein zu bringen, wodurch die eigentlich heute so unpraktische Bedeutung des Sozialismus mit überzeugender Deutlichkeit zutage tritt. Der Verfasser erklärt in einer kurzen, aber mit ungeheurer Plastik vor Augen tretenden Schilderung der ökonomischen Entwicklung vom Kapitalismus zum Imperialismus, wie auch der Entwicklung des Proletariats, das nichts zu verlieren hatte als seine Ketten, zu der an der Macht des eigenen Staates interessierten Klasse, den notwendigen Zusammenbruch der Internationalen im Kriege, der so nicht nur zu einer Volkstrübe der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch zu einer des Sozialismus wurde. Das durch diese Entwicklung immer stärkere Hervortreten einerseits des politischen, andererseits des gesellschaftlichen Interesses liehen die wahre Bedeutung des Sozialismus in den Hintergrund treten. Der Sozialismus ist mehr als die Verfolgung dieser beiden Interessen, er ist die klare Erkenntnis der Wurzel alles Übels im Klassenstaat, in der heutigen Gesellschaftsordnung, er ist das revolutionäre Streben nach ihrer Umgestaltung! Max Adler fordert den Verbandsagitationsfriesen und führt den Sozialismus damit wieder zu seiner alten, im kommunistischen Manifest niedergelegten Bedeutung zurück — zum alten Bewußtsein des internationalen Klassengegenesses und des internationalen Gegenzuges gegen die herrschende Gesellschaftsordnung. — Die Schrift ist zum Preise von 30 Hellern bei der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., Wien IV, Gumpendorfer Straße 18, zu haben. Gegen Einsendung von 40 Hellern in Briefmarken erfolgt sofortige Zusendung derselben durch oben erwähnte Buchhandlung.

## Verbandsanzeigen.

### Bekanntmachungen.

Vorstand.  
Sonntag, den 17. März, lit der

1. 1. Wochenbeitrag fällig.

### Adressenänderungen.

Gau 6, Balingen, Kirchheim, Rüttingen ruhen.  
Gau 12, Burglau, V: G. Bod, Oberst. 3.

### Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.  
Frankenberg, Ernst Bruno Teufel, Mühlbach, 64 J., Magen- geschwür.  
Glauchau, Frieda Emma Sähle, 23 J., Lungenleiden.

Jahnsdorf i. Erg. Auguste Ida Hofmann, 69 J., Altersschwäche.  
Jenny Engelmann, Erllach, 29 J., Herzschlag.  
Ludenwalde, Ernestine Vertram, Anstern, 50 J., Gehirnschlag.  
Gustav Schwirn, Invalide, 69 J., Adernverfaltung.  
Münchberg i. B. Georg Schlemmer, 61 J., Unglücksfall.  
Reumünster i. S. Adolf Dvinger, Weber, 48 J., Herzschwäche.  
Delsnik i. B. Oswald Glässel, Weber, 24 J., Schlaganfall.

Zu Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Reichenbach i. S. Paul Böfewetter, 23 J.  
Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 16. März.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit O versehenen Artikel Hermann Krüger, für alles andere Paul Wagner. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — sämtlich in Berlin.